



Griechenlandanleihe: Banken verschleierten Risiken

Die wirtschaftliche Lage Griechenlands ist unübersichtlich genug. Die damit verbundenen Risiken für die Gläubiger Griechenlands sind bekannt. Gleichwohl bürdeten deutsche Banken diese Risiken Privatanleger unter falschen Versprechungen auf. Diese müssen sich nun zur Wehr setzen.

Bereits im Jahr 2010 wurde erkennbar, dass Griechenland seine Anleihen möglicherweise nicht würde zurückzahlen können. Entsprechend kritisch reagierten die Anleger, als ihnen Investitionen in Griechenland-Anleihen ans Herz gelegt wurden.

Diese Bedenken wurden aber oft auf fatale Weise ausgeräumt. Wie das Fernsehmagazin „Frontal21“ (ZDF) Anfang Juli 2012 berichtete, stellten einzelne deutsche Banken nicht nur eine mögliche Pleite Griechenlands als völlig fernliegend und politisch ausgeschlossen dar. Namentlich werden die Commerzbank und die Bank Santander gelistet. Sie wiesen auch ausdrücklich auf den „Rettungsschirm“ für Griechenland-Papiere hin, wonach die Rückzahlung des angelegten Kapitals garantiert sei. In manchen Fällen finden sich in den Beratungsbögen der Banken sogar Hinweise darauf, die einen schriftlichen Beleg bieten und an die sich die Bank – auch wenn sie es jetzt natürlich nicht mehr möchte – halten lassen muss.

Anlegern wurde so der Eindruck vermittelt, in eine abgesicherte Staatsanleihe zu investieren. Auf die tatsächlich mit einer Investition in den Pleite-Staat verbundenen Risiken wurden sie aber nicht aufmerksam gemacht. Inzwischen kam es zum Schuldenschnitt; die Anleihen verloren drastisch an Wert, ohne dass sich ein Anleger dagegen wehren konnte.

STELLUNGNAHME DER KANZLEI GÖDDECKE

Wenn Banken schon im Angesicht der Euro-Krise Griechenland-Anleihen als sichere Anlageprodukte anpriesen, wird es sich oft um einen Fall von Falschberatung handeln. Die geprellten Anleger haben dann einen Schadensersatzanspruch gegenüber ihrer beratenden Bank. Bei der Durchsetzung solcher Ansprüche konnten GÖDDECKE RECHTSANWÄLTE schon zahlreiche Erfolge ersteiten.

Quelle: eigene Recherche

11. Juli 2012 (Rechtsanwalt Daniel Vos)